

Kretschmer will Muslimen, die Islam über Grundgesetz stellen, klarmachen: „So kann man nicht in Deutschland leben“

[Veröffentlicht am 24.03.2018 von EpochTimes](#)

Sachsens Ministerpräsident Kretschmer meint, im Umgang mit Muslimen müsse denjenigen, die „ihre Religion über das Grundgesetz stellen“, klar gemacht werden:

❖ **„So kann man nicht in Deutschland leben“.**

Sachsens Ministerpräsident *Michael Kretschmer* (CDU) hat Verständnis für Kommunen geäußert, die sich gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge sperren.

→ Dies sei *„kein Zeichen von Unlust oder Verweigerung“*, sagte Kretschmer den Zeitungen der *Funke Mediengruppe* (24.03.2018).

Vielmehr gebe es *„objektiv ein Problem, was die Integration angeht“*. So fehlten beispielsweise Plätze in Kindergärten und Schulen.

„Und es gibt Probleme mit Menschen, die sich nicht an unseren Werte und Gesetze halten wollen.“



Ein Muslime in einer Moschee.
Foto: Chris Hondros/Getty Images

In Städten wie Cottbus träten jugendliche Migranten in größeren Gruppen auf und ließen sich *„von normaler Ansprache nicht beeindrucken“*, sagte Kretschmer. Der sächsische Ministerpräsident forderte *„eine bessere Handhabe“*, vor allem bei Minderjährigen. Es gebe ein *„neues Kriminalitätsphänomen“*.

→ *„Und Abschiebungen funktionieren nicht, weil Flüchtlinge ihre Identität verschleiern“*, fügte der CDU-Politiker hinzu. *„Wenn wir in dieser Situation beherzt handeln, beseitigen wir viele Irritationen, die zur Abwendung von den Volksparteien und zur Protestwahl geführt haben“*.

Zur aktuellen Islam-Debatte sagte Kretschmer, der Satz, wonach der Islam zu Deutschland gehöre, sei ihm *„zu unkonkret“*. Das gelte aber auch für die gegenteilige Aussage. *Bundesinnenminister Horst Seehofer* (CSU) hatte vergangene Woche gesagt, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) hatte dem widersprochen.

Kretschmer sagte, im Umgang mit Muslimen müsse denjenigen, die *„ihre Religion über das Grundgesetz stellen“*, klar gemacht werden: **„So kann man nicht in Deutschland leben“.**

→ Jene Muslime, die sich in die Gesellschaft einbringen wollten, müssten geschützt werden vor solchen, die *„einen radikalen Islam vertreten“*. (afp)